

NRZ 13.01.2017  
NRW IM BLICKPUNKT

In Niedersachsen und NRW gibt es die meisten Mastschweine. FOTO: DPA

## Minister wollen „die Sau rauslassen“

Neue Wege in der  
Schweinehaltung

Von Holger Dumke

**An Rhein und Ruhr.** Mehr Schweine werden nirgendwo sonst in Deutschland gemästet: 4,1 Mio. Tiere waren es 2015 in Niedersachsen und 3,3 Mio. in Nordrhein-Westfalen. Zusammen bestreiten beide Bundesländer mehr als 60 % der deutschen Schweinefleischerzeugung. Die beiden grünen Landwirtschaftsminister Johannes Rempel (NRW) und Christian Meyer (Niedersachsen) leiten daraus eine besondere Verantwortung ab. Sie sind überzeugt, dass beide Bundesländer bei der Entwicklung nachhaltiger Schweinehaltung vorangehen müssen.

In Münster unterzeichneten beide Minister gestern eine Erklärung, bei der es um mehr Tierwohl im Schweinestall geht. Im Anschluss gab es eine Diskussion mit Verbänden. Rempel und Meyer wollen – im Wortsinn – „die Sau rauslassen“. Tiere sollen künftig mehr Auslauf und Platz zu artgemäßer Bewegung haben, im Stall soll es ein gesundheitsförderndes Klima geben und weniger Medikamente. Ringelschwänze sollen nicht mehr gekürzt und weniger Gülle auf den Feldern ausgebracht werden.

### Verbindliche Verträge

Erreichen wollen die Politiker diese Ziele ausdrücklich gemeinsam mit den Bauern. Dass derzeit Maßnahmen für mehr Tierschutz gerade für kleine und mittlere Betriebe ein wirtschaftliches Risiko darstellten, bezeichnete Rempel als „skandalöse Fehlentwicklung“. Man wolle sich für faire Preise, vor allem auch für verbindliche und mehrjährige Verträge mit dem Einzelhandel einsetzen. Zudem wolle man mit Dänemark und den Niederlanden die nachhaltige Schweinehaltung weiterentwickeln, damit sich der Wettbewerb mit den EU-Nachbarländern nicht verzerrt. Landwirte hatten im Vorfeld des gestrigen Treffens gewarnt, die schwer angeschlagenen hiesigen Ferkelerzeuger durch neue Auflagen zu überfordern. „Wir sind zu Veränderungen bereit, aber unsere Betriebe an die Wand zu fahren, das geht nicht“, heißt es in einer Erklärung dreier Bauernverbände. NRZ